



Grünliberale Partei Schweiz

## Medienmitteilung

<b>Thema</b>	<b>Finanzmarktinfrastrukturgesetz (FinfraG)</b>
Für Rückfragen	Thomas Maier, Nationalrat, Tel. +41 78 652 06 50
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Laupenstrasse 2, 3008 Bern Tel. +41 31 311 33 03 E-Mail <a href="mailto:schweiz@grunliberale.ch">schweiz@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.grunliberale.ch">www.grunliberale.ch</a>
Datum	10. März 2015

Das Finanzmarktinfrastrukturgesetz sichert den internationalen Zugang für den Schweizer Finanzplatz

Die Grünliberalen begrüssen, dass mit dem Finanzmarktinfrastrukturgesetz die heute auf verschiedene Bundesgesetze verstreuten Bestimmungen vereint und den veränderten Marktverhältnissen und internationalen Standards angepasst werden. Damit der Schweizer Finanzplatz international kompatibel bleibt, ist eine rasche Umsetzung von grosser Bedeutung. Das haben im Rahmen der bisherigen Beratung sowohl die betroffenen Börsen und Finanzinstitute wie auch unabhängige Fachpersonen klar unterstrichen. Die Grünliberalen wollen eine international kompatible Regulierung ohne „Swiss Finish“, Schlupflöcher und Umgehungsmöglichkeiten. Dementsprechend unterstützt die glp die Mehrheitsvorlage, die sie in der Kommission massgeblich mitgeprägt hat. Die zahlreichen, realitätsfremden Minderheitsanträgen der SVP gefährden hingegen den internationalen Zugang für den Schweizer Finanzplatz. Ebenso lehnen die Grünliberalen die Anträge von links ab, die den Handel mit Lebensmitteln und deren Rohstoffen im vorliegenden Gesetz einschränken möchten. Diese Bestimmungen sind hier sachfremd und müssen separat diskutiert werden.

Nationalrat Thomas Maier (Mitglied WAK-N): „Für den Schweizer Finanzplatz ist eine international kompatible Gesetzgebung absolut zentral. Die breite Unterstützung des Finanzmarktinfrastrukturgesetzes durch die betroffenen Marktteilnehmer und unabhängiger Experten zeigt, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind. Das erfreulicherweise für einmal ohne übertriebenen „Swiss Finish“. Die realitätsfremde Opposition der SVP gegen das Gesetz gefährdet den internationalen Zugang für den Schweizer Finanzplatz und ist deshalb völlig unverantwortlich.“